

Medienmitteilung vom 19. April 2010

FDP-Fraktion für die «Ussä umä»-Variante

Der Strassen- oder Tunnelbau am Gibelhorn war eines der zentralen Themen der vorbereitenden Sitzung der FDP-Fraktion von letzter Woche. Die exakt vor einem Jahr erheblich erklärte Motion «Sichere Zufahrt ins Muotathal mittels Tunnel» fordert einen Tunnel als Alternative zur von der Regierung empfohlene «Usse umä»-Variante. Das Baudepartement hat für die 1. Etappe im Bereich Gibelhorn gleichzeitig zwei Bauprojekte erarbeitet. Eines mit einer offenen Linienführung, das andere mit einem zweckmässigen Tunnel. Für die Variante mit offener Linienführung wird ein Verpflichtungskredit von 46.33 Mio. Franken benötigt, für die Tunnelvariante ein solcher von 64.86 Mio. Franken. Die Kostendifferenz der beiden Varianten beträgt 18,5 Mio. Franken. Vor der eigentlichen Diskussion attestierten die FDP-Räte dem Tiefbauamt, dieses – vor allem für die betroffene Bevölkerung im Muotathal sehr emotionelle Thema – effizient und seriös angegangen zu sein. So wurde auch festgestellt, dass für die entsprechenden geologischen und technischen Expertisen renommierte Fachleute und Unternehmen beigezogen wurden.

Wo sind die Gefahren wirklich?

Doch genau diese Analysen machten die FDP-Fraktionsmitglieder stutzig. So wird der 347 Meter lange Tunnel alleine schon wegen seiner minimalen Ausstattung, also ohne Lüftung und Fluchtweg, in Frage gestellt. Auch die verschiedenen Gesteinszonen deuten auf eine schwierige Umsetzung hin und beim Eingangsportal auf der Muotathaler Seite wäre der Bau auf Grund der besonderen Steinschicht zusätzlich heikel. FDP-Kantonsrat Johannes Mächler (Vorderthal) als eines der liberalen Mitglieder in der Kommission für Bauten, Strassen und Anlagen äusserte zudem einige interessante Bemerkungen. Auf einer Intensitätskarte habe man den Sturzprozess vor allem im zentralen Gefahrengelände Kapuzinerwald definiert und das Resultat lässt aufhorchen. «Die Gefahrenanalyse zeigt deutlich, dass der Abschnitt beim geplanten Tunnel zu den am wenigsten gefährdeten Stellen gehört», erklärte Johannes Mächler. «Vor und nach dem Tunnel sind die Gefahren sogar deutlich höher und so muss der Sinn eines solchen, kostspieligen Tunnels ganz einfach hinterfragt werden.» Jene Felsen, die am 31. Dezember 2007 auf die Strasse

stürzten und letztendlich die Debatte inklusive Motion auslösten, wären auch mit einem Tunnel auf der Strasse gelandet. Johannes Mächler bezweifelt deshalb die Kostenwirksamkeit eines Tunnels. In beiden Varianten sind noch in den Verpflichtungskrediten inkludierte Investitionen in Steinschlag-Schutznetze an den Gefahrenzonen zwischen Horenrank bis zum Bierkeller vorgesehen. Mit diesen massiven 2,5 bis 5 Meter hohen Netzen könnte man das Gefahrenrisiko auf ein akzeptables Minimum reduzieren. Die FDP-Fraktion unterstützt den regierungsrätlichen Verpflichtungskredit für die Variante «Usse umä» einstimmig und empfiehlt die Motion abzuschreiben. «Mit dieser Variante ist eine gute und nachhaltige Erschliessung des Muotathals möglich», erklärte Johannes Mächler. Für Erstaunen bei der FDP sorgte letztendlich noch die Kehrtwendung von Kommissionsmitglied Bernadette Kündig, die jetzt plötzlich für die Tunnelvariante ist. Hier vermuten die Liberalen ganz einfach ein Wahlkalkül im Hinblick auf das kommende Wochenende.

Ein leichtes Zähneknirschen

Gemäss Bundesbeschluss muss jeder Kanton ein Zwangsmassnahmengericht einführen. Im Kanton Schwyz soll dieses dem bereits bestehenden Strafgericht angegliedert werden. Bei der Anzahl der Richter ist man in der Rechts- und Justizkommission auf die Minimalzahl von vier Personen mit total 140-150 Stellenprozenten (Präsident und drei Richter) gekommen. «Das ist ausreichend und zweckmässig», findet FDP-Kantonsrätin Eva Isenschmid aus Küsnacht. Hinzu kämen noch Zusatzaufwände zum Beispiel bei verdeckten Vorermittlungen. Bei der FDP-Fraktion ist die Organisation des Zwangsmassnahmengerichts unbestritten, auch wenn die Wahl des Präsidenten eine Personalunion mit dem Strafgerichtspräsidenten bedeutet. Damit tut sich die FDP grundsätzlich schwer. Dies habe aber in keiner Weise mit der Qualifikation und den Qualitäten von Alois Spiller, der nun beide Gerichte leiten soll, zu tun. «Diese sind unbestritten und Herr Spiller wird auch beide Gerichte sehr gut leiten können», sagte Kantonsratspräsident Christoph Pfister dazu. Die FDP ist einfach etwas befremdet, dass diese Stelle nicht öffentlich ausgeschrieben wird. Doch dies kann man mit etwas Zähneknirschen akzeptieren. Vor allem aus dem Grund, dass die Zeit der Lancierung des neuen Gerichtes ohnehin sehr knapp bemessen ist und nicht noch mit einer heiklen Personalfrage verzögert werden darf. Die FDP wird im Rat einstimmig für das Zwangsmassnahmengericht und die vorgeschlagene Richterzahl stimmen. Genauso einstimmig ist man für eine Angliederung dieses Gerichts an das Strafgericht.

Goldene Fallschirme sind möglich

Mit zwei Motionen hat FDP-Kantonsrätin Sibylle Ochsner aus Galgenen und Mitunterzeichner eine neue Kündigungsregel und eine

lohnwirksame Personalbeurteilung für das Kantonspersonal gefordert. Die regierungsrätlichen Antworten dieser Zwillingsmotion wurden an der Fraktionssitzung von Martin Michel (Lachen) und Sibylle Ochsner kommentiert. Martin Michel vermutet, dass mit der aktuellen Handhabung bei Abgängen von Beamten gar ein goldener Fallschirm möglich ist. «Ich befürchte schwer, dass der Kanton jährlich hundertausende Franken Entschädigungen und Abfindungen bezahlt.» Es müsse in dieser Frage unbedingt eine flexiblere Lösung gesucht werden. Deshalb will die FDP-Fraktion die Motion Aufrecht erhalten. Mit der zweiten Motion will Sibylle Ochsner im Personalwesen des Kantons eine Angleichung an die Privatwirtschaft erwirken. «Die heutige Situation lässt nur für einen Viertel der Kantonsangestellten überhaupt eine Beförderung zu.» Dabei sollten gute Angestellte auch zusätzlich motiviert und mit einer Leistungsbelohnung ausgezeichnet werden können. Von der Regierung wird nun eine Gesamtschau zu dieser Thematik verlangt. Dies auch im Zusammenhang mit den Anstellungsbestimmungen für die Lehrpersonen an den Volksschulen. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb, diesen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Text: Roger Bürgler